Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 19. Mai 1928
Sonnabend Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein
Berlin SW 68, Ritterstraße 50.
Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6897—6949
Postscheck: Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R-M. in Berlin durch Boten.

Schriftleitung und Verlag

Mit den Beilagen
Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch
Kraft und Stoff · Weltverkehr
Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung.
Anzeigenpreis 0.45 R-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang
19. 5. m — Nr. 231 — 10 Pfennig

Zum Tage

* Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien hat wieder eine Entscheidung getroffen, die sich gegen einen polnischen Vereinsgroßbrauch in der Schulangelegenheit richtet.

★

Der Reichspräsident hat den argentinischen Professor Quesada, den Stifter der lateinamerikanischen Bibliothek in Berlin, empfangen.

★

* Im Donez-Prozeß hat der Gerichtshof alle Entlastungszeugen bis auf zwei abgehört.

* Ausführliches siehe unten.

An die Studenten!

Die Wahlen des Sonntags werden, wie zuletzt die Reichspräsidentenwahl und die Abstimmung über die Fürstenentegnung, zeigen, daß die Zeit der politisch aufgeregten Nachrevolutionsjahre zu Ende geht. Ein gewisser Abstand ist gewonnen. Mehr und mehr haben sich auch verbitterte Passivität und entsetzter Radikalismus zu aufbauender Arbeit gefunden. Politische Persönlichkeiten fangen wieder an, Allgemeingut aller Parteien zu werden.

Die Generationen, die das alte Reich nicht mehr bewußt erlebt haben und doch den Kreisen, die es stützten, entstammen, sind an der Besatzung des Bestehenden nicht gehindert. Der Unterschied zwischen Staat und Staatsform ist nicht mehr Schlagwort derer, die wissen, daß der politischen Erscheinungsform des Volksganzen politischer Tribut gebührt wie dem Fiskus die Steuern.

Der deutsche Student ist nicht, wie wohl früher der russische, ein Freund des Volkes und ein Feind des Staates. Leider meist mangelt der Masse unsichtbarenen Gesinnung heraus, als wegen seiner allgemeinen Passivität in politischen Dingen. Was nach außen hin als gemäßigte Ansicht erscheint, ist ein höchstens weltanschaulich begründeter Optimismus. Fälschlicher Optimismus. Sogar die Bekanntschaft mit den sozialistischen Studentengruppen erweckt mehr Haß noch Liebe.

Nach dem Kriege sind viele, viele Entschließungen veröffentlicht worden. Es sind nur Beschlüsse gewesen, Erklärungen, keine Verpflichtungen. Der Verfassungsstreit mit dem preußischen Kultusministerium war ein unglücklicher Kampf um eine unglückliche Sache. Einigkeit des Widerstandes wurde erzielt um den Preis der Einigkeit in der Studentenschaft. Gewonnen hat niemand.

Sollen die Studenten wählen nach der Einstellung der Parteien zu ihren Fragen? Ob sie die Menfur für straffrei erklären? Ob sie für oder gegen das Beckersche Studentenrecht sind? Wenn irgend jemand, so muß der deutsche Student einsehen, daß schon viel zu viel auf solche Einzelfragen abgeschoben wird, daß vor der Wahl besonders Gesetzesvorlagen, Reformen und derzleichen als Hauptsache hingestellt werden, die in einem Jahr nicht im geringsten mehr interessieren. Es wird sich freilich noch lange eine große Mehrheit der Wähler nach solchen Einzelfragen entscheiden, bis wir politisch etwas mehr durchgebildet sind. Bei dieser Arbeit aber muß der Student eine Führerrolle einnehmen.

Wir müssen, das ist eine der wesentlichen Aufgaben der Zukunft, eigene Meinungen anstatt der von politisierenden Studentenräten haben.

Man soll die Universitäten entpolitisieren, aber nicht die Studenten.

Macht als erstes die Beteiligung an der Wahl in den Korporationen offiziell! Es ist ein Schritt zur Erziehung des politischen Pflichtbewußtseins, mehr wert als manche Entschließung.

D. v. S.

Dr. Stresemann auf dem Wege der Genesung

Ueber das Befinden des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, ist am Freitagabend von den behandelnden Aerzten folgende Mitteilung ergangen:

„Das Befinden des Reichsaußenministers Dr. Stresemann hat sich zurzeit so erheblich gebessert, daß voraussichtlich von weiteren Bulletins Abstand genommen werden kann.

Professor Dr. Zondek, Sanitätsrat Gieswius, Dr. Schulmann."

★

Bei dem Festessen zur Feier des 50. Bestehens der Reichskanzlei und der Grundsteinlegung des Neubaus (siehe 2. Seite) wurde auf Vorschlag des Reichskanzlers ein Telegramm an Reichsminister Dr. Stresemann abgesandt, in dem ihm die besten Wünsche der Festteilnehmer zur baldigen völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit ausgesprochen wurden.

Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat an Dr. Stresemann das nachfolgende Schreiben gerichtet:

„Hochverehrter Herr Reichsminister! Das Preußische Staatsministerium, das mit großer Besorgnis und Anteilnahme den Verlauf Ihrer Krankheit verfolgt hat, hat mit großer Freude vernommen, daß in Ihrem Befinden eine fortschreitende Besserung eingetreten ist. Die Herren Staatsminister und ich geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Besserung anhalten und zur recht baldigen vollständigen Wiederherstellung Ihrer Gesundheit führen möge."

Wahllokale nachsehen!
In Berlin wird nicht überall im gleichen Lokal gewählt wie 1924!

Steuererleichterung für die Südtiroler

Die Deutschen vielfach zu hoch veranlagt

fr. Mailand, 18. 5. (Eigenbericht)

Das Unwetter der letzten Wochen hat der Landwirtschaft in Südtirol schweren Schaden gebracht. Der Finanzminister hat daraufhin die Anweisung gegeben, daß wenigstens Befreiung von den staatlichen und kommunalen Grundsteuern zugebilligt wird, und zwar schon vom nächsten Steuertermin an.

Daß die Steuerlasten in Südtirol größtenteils besonders drückend sind, wird jetzt auch vom faszistischen Parteisekretär der Provinz Bozen, Giarratana, anerkannt, der in einer Rede erklärte, daß die Deutschen vielfach infolge ihrer Unkenntnis der italienischen Sprache und der italienischen Steuergesetze zu hoch veranlagt worden seien. Dieses Anerkenntnis wird hoffentlich dazu führen, daß den Deutschen jetzt Gelegenheit gegeben wird, sich über die Steuern besser zu informieren.

Blutlat eines italienischen Kommunisten

Rom, 18. 5.

Der Kommunist Dalio Maggiore, der auf Schleichwegen aus Frankreich nach Italien zurückgekehrt war, hat den politischen Sekretär des Fascio von Buggiano erschossen und einen anderen Faszisten schwer verletzt. Der Täter wurde in der Nähe von Borgo a Buggiano durch einen Carabinieri-Unteroffizier verhaftet.

Der deutsche Botschafter beim Donez-Prozeß

Das Gericht lehnt alle Entlastungszeugen außer zweien ab

mf. Moskau, 18. 5. (Eigenbericht)

Der Marmorsaal des Wissenschaftspalastes, in dem der Donez-Prozeß verhandelt wurde, füllte sich in der Mittagsstunde. Unter den Zuhörern befand sich auch der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau. Staatsanwalt Krylenko bedarrte trotz der Mitteilung der Verteidiger, daß sogar die Gefängnisverwaltung Bedenken gegen die Vernehmung des seelisch niedergebrochenen Angeklagten Ribtzaw erhoben habe, auf dessen Vorführung. Das Gericht schloß sich seinem Standpunkt an. Die Verteidigung beantragte darauf die Vernehmung des Zeugen Direktor Bleymann von der A.E.G. sowie der Ingenieure Seebold und Köster von der Firma Knapp. Staatsanwalt Krylenko lehnte diese Zeugen ab mit der Begründung, daß sie unter dem Verdachte der Mitschuld stünden, und daß besonders der in Deutschland weilende Direktor Bleymann auf die Anklagebank gehöre. Ferner beantragte die Verteidigung die psychiatrische Untersuchung der Angeklagten Wlaschin und Badtleber, was Krylenko zur Befürwortung der Ablehnung veranlaßte.

Das Gericht lehnte beide Anträge der Verteidigung ab.

Stalin zum Donez-Prozeß

mf. Moskau, 18. 5. (Eigenbericht)

In einer Rede auf dem Kongreß der Komsomolzen betonte der Regierungschef der Sowjetunion, Stalin, die Notwendigkeit einer ernsten Durchbildung der kommunistischen Jugend. Nicht die Quantität, sondern die Qualität ihrer Mitglieder bestimme den Wert einer Organisation.

Der Donez-Prozeß sei eine ernste Mahnung zur Wachsamkeit und Energie aller Kommunisten gegen die Klassenfeinde. Eine große Gefahr für die Erhaltung der Bewegung sei die Einstellung einer neuen Bürokratie, die ihre stumpfe Beamtenmentalität hinter einer kommunistischen Maske verberge.

Amerikas und Deutschlands Beziehungen zu Moskau

mf. Moskau, 18. 5. (Eigenbericht)

In ihrer außenpolitischen Isolierung erhofft sich die Sowjetunion von der Unzufriedenheit der Amerikaner mit der deutschen und japanischen China-Politik eine für Moskau günstige Umgestaltung der außenpolitischen Situation.

Die Sowjetpresse hält den Augenblick für gegeben, darauf hinzuweisen, daß Interesse Amerikas für wirtschaftliche Betätigung in der Sowjetunion sei unverkennbar im Wachsen; noch in diesem Sommer würden wirtschaftliche Führerpersönlichkeiten aus Amerika zu Studienzwecken Sowjetrußland bereisen. Die Tiefige wirtschaftliche Tageszeitung „Ekonomischeskaja Schiln" läßt sich von dem amerikanischen Unternehmer Kalsen ein Interview geben, in dem dieser das Interesse der Wirtschaft Amerikas für die noch ungehobenen Schätze der Sowjetunion zum Ausdruck bringt und die Erwartung ausspricht, daß auch die rechtliche Anerkennung des Sowjetstaates durch Washington nur eine Frage der Zeit sei.

Im Zusammenhang mit all diesen Hoffnungen finden auch die jüngsten Symptome deutsch-amerikanischer Freundschaftsbezeugung weitgehende Beachtung. Da man sie für bedeutsam hält, um Deutschland von der Beeinflussung durch die Londoner Politik zu bewahren und die Fortsetzung seiner guten Beziehungen zur Sowjetunion zu begünstigen. Es versteht sich, daß in dieser Konstellation dem Außenkommissariat der Donezprozeß höchst ungelegen kommt, da ein brutales Aufrumpfen der proletarischen Klassenjustiz nicht nur in deutschen, sondern auch in amerikanischen Wirtschaftskreisen verstimmen dürfte.

Der Stimmzettel

Wie wird Sonntag gewählt?

Es ist jetzt höchste Zeit, sich danach zu erkundigen, wohin man in der Sonntagsfrühe seine Schritte zu lenken hat, um vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Große Anschläge an den Litfaßsäulen verkünden die Wahllokale. Da die Wahlzeit diesmal — entgegen früherer Gepflogenheit — auf 8 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags (17 Uhr) anberaumt ist, empfiehlt es sich, die Wahlhandlung nicht auf den Nachmittagsspaziergang zu verschieben oder gar zunächst dem Drang ins Grüne genugzutun, sondern der erste Ausgang morgens gelte dem Wahlgang. Wer sich bis jetzt in gehobener Stimmung, mit erlesichtetem Gewissen, allen Sonntagsfreuden nachgehen. Das Frühwählen empfiehlt sich auch von dem weiteren Gesichtspunkt, daß der Andrang gegen Schluß der Wahlzeit durch die Spätaufsteher, Kranken, Schwerentschlieber und Angeschleppten sehr verhärtet wird. Alle: Sonntagspläne so einrichten, daß zuerst gewählt wird! (Ausflügler Wahlscheln einstecken!)

Der weiße Reichstags-Stimmzettel, den der Wähler im Wahllokal von amtlichen Zettelverteiler in die Hand gedrückt bekommt und den er in der Wahlkoje anzukreuzen hat, sieht in seinem ersten Teil folgendermaßen aus:

1	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	○
2	Deutschnationale Volkspartei	○
3	Deutsche Zentrumspartei	○
4	Deutsche Volkspartei	○
5	Kommunistische Partei Deutschlands	○
6	Deutsche Demokratische Partei	○
7	Bayerische Volkspartei	○

Den Rest des Stimmzettels bedeckt die Fülle der kleineren Parteien. Man lasse sich nicht verwirren!

Der rötliche preußische Landtagsstimmzettel zeigt mit wenigen Abweichungen das gleiche Bild; die Bayerische Volkspartei und einige andere Gruppen fehlen hier.

Die bei dem Wahlvorgange selbst zu beachtenden Einzelheiten werden wir in der letzten Nummer vor der Wahl in das Gedächtnis unserer Leser zurückrufen.

Letzte Sportberichte

Beim Olympischen Hockey-Turnier in Amsterdam siegte am zweiten Spieltage weiterhin Dänemark mit 3:1 über Oesterreich. Das Treffen ging bei äußerst ungünstigen Witterungsverhältnissen vor sich. Die Oesterreicher machten keinen ganz Eindruck, ihr Spielführer mußte durch den Schiedsrichter sogar vom Platze verwiesen werden.

Das Davis-Pokal-Spiel Holland gegen Ungarn, das in dem holländischen Badeort Noordwijk ausgetragen wird, sieht durch einen Sieg des Holländers Timmer 1:0 für Holland.

Japan „schützt" die Mandschurei

Eine Warnung an die Regierungen von Peking und Nanking

sx. London, 18. 5. (Eigenbericht)

Die japanische Regierung hat den beiden chinesischen Regierungen in Peking und Nanking eine Warnungsnote überreicht, in der sie mitteilt, daß sie ein Uebergreifen der Unruhen auf die Mandschurei nicht zulassen könne. Japan werde gegebenenfalls geeignete und wirksame Maßnahmen ergreifen, um dies zu verhindern.

Die Politik strikter Neutralität werde Japan jedoch unverändert weiter durchführen. Falls sich besondere Schutzmaßregeln als erforderlich herausstellen sollten, so werde Japan sich bemühen, sicherzustellen, daß die Wirkung dieser Maßregeln keine der beiden Parteien der anderen gegenüber benachteiligt oder begünstigt. Japan hat bereits Vorkehrungen getroffen, seine militärische Stellung in der Mandschurei zu verstärken.

mf. Moskau, 18. 5. (Eigenbericht)

Während die Mandschurei der Türkei an Italien von der Moskauer Politik behagt wird, taucht zugleich durch die Wirren in China ein neuer Silberstreifen vor den Staatsmännern der Sowjetunion auf. Werden nicht doch, so erwägt man, die Rivalität der imperialistischen Mächte und der Chinesenhaß gegen die Japaner von neuem eine Atmosphäre schaffen, die der Bolschewisierung Chinas günstig ist? Nach hiesigen Pressemeldungen ist bereits auf der Linie Tientsin—Zsingtau eine aus organisierte revolutionäre Propaganda zu spüren.

Abendspaziergänge im Hyde Park

Ein Polizeiprozeß vor dem Unterhaus

sx. London, 18. 5. (Eigenbericht)

Das Unterhaus, das die ganze Außenpolitik des britischen Empires fürzlich in einer zweistündigen Debatte erledigte, hat sich zwei Tage lang mit dem Fall Sir Leo Money und der Sittenpolizei im Hyde-Park beschäftigt. Abgeordnete der Opposition haben sich mit der in den Fall verwickelten jungen Dame in Verbindung gesetzt und erhoben gegen die Polizei den Vorwurf, beim Kreuzverhör die aus amerikanischen Prozessen berüchtigte „third degree"-Methode verwendet zu haben. Der Innenminister gerieten in eine peinliche Situation, da auch die Regierungspartei sich der Kritik der Zustände in der Polizei anschloß. Dem Antrag der Opposition folgend, wurde

eine unabhängige Untersuchungskommission,

bestehend aus einem Richter und zwei angesehenen Nichtparlamentariern, eingesetzt, die den Fall untersuchen soll. Der Innenminister entschuldigte sich damit, daß er seinerzeit Machtbefugnisse besäße, dem Direktor der öffentlichen Strafverfolgungen, der etwa dem deutschen Reichsanwalt entspricht, irgendwelche Anweisungen zu geben.

Selbst der beim Kabinett als Minister angehörende Generalstaatsanwalt, eine Art kombinierter Staatsanwalt und Justizminister, besitzt keinerlei Möglichkeit, auf diesen Beamten einzuwirken, der, wie sich zur Ueberraschung der meisten Abgeordneten und der Oeffentlichkeit herausstellte, in England eine niemandem verantwortliche Stellung besitzt.

Wie gemeldet, waren Sir Leo Money und Miß Savage, eine ihm seit längerer Zeit bekannte junge Dame, vom Polizeigericht von der Anklage indezenten Benehmens im Hyde-Park freigesprochen worden. Das Gericht hatte die Polizei zu einem Schadenersatz von 10 Pfund verurteilt, die nicht entfernt ausreichten, um die von den beiden Angeklagten für ihre Verteidigung gemachten Auslagen zu bestreiten. Sir Money hat für Rechtsanwälte und Zeugen mehrere 100 Pfund ausgegeben und auch die Verteidigung Fräulein Savages bezahlt.

Die Polizei hat zwei Tage nach dem Gerichtsspruch die ganz ungewöhnliche Maßnahme ergriffen, die junge Dame, die bei einer Rundfunkfirma arbeitet, im Büro durch zwei Detektive festnehmen und zu einem Kreuzverhör nach Scotland Yard bringen zu lassen. Das Kreuzverhör dauerte fünf Stunden. Miß Savage behauptet, daß

die von der Polizei angewandten Inquisitionsmethoden

sie schließlich in einen Zustand versetzt hätten, in dem sie die ihr vorgelegten Protokolle nicht mehr verstand.

Ob der Fall sich noch zu einem allgemeinen Polizeiskandal ausmachen wird, ist noch nicht zu übersehen. Die Presse, die durch die neue Gesetzgebung um die Berichterstattung über Ehescheidungsprozesse betrogen ist, stürzt sich mit Eifer auf den Fall und hat bereits sensationelle Ueberschriften die Bevölkerung in eine etwas lächerlich anmutende Nervosität zu bringen. Die Fälle, daß respektable Bürgersleute durch den Uebereifer der in Zivil steckenden Sittendetektive kompromittiert wurden, haben sich in letzten Jahre vermehrt. In einer ganzen Reihe solcher Fälle hat das Gericht die politzeiliche Anklage zurückgewiesen, wobei die Kompromittierung sich natürlich nicht rückgängig machen läßt.

Frisch nach London kommende jüngere Angehörige diplomatischer Missionen geraten, der Londoner Moralauffassungen unkundig,

durch harmlose Hyde-Park-Episoden in peinliche Situationen geraten,

die dikkret erledigt werden mußten. Solche Fälle sind vor Gericht, natürlich ohne Namensnennung, in den Zeugenaussagen der Polizisten erwähnt worden. Der Innenminister mußte im Unterhaus auf Interpellationen die beruhigende Versicherung abgeben, es sei durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß die Dienstmädchen undLadenverkäuferinnen ihre Abendspaziergänge mit Kavalieren im Hyde-Park machten. Küsse und Umarmungen seien nicht als polizeiwidrig anzusehen. Das Parlament, in dem es in den letzten Wochen recht langweilig war, nimmt sich des Falles mit heiligem Eifer an.

Entscheidung Calonders gegen Vertragsbruch

Der Kampf um das Königshütter Herz-Jesu-Kloster

Kattowitz, 18. 5.

Der „Oberschlesische Kurier" veröffentlicht eine neue Entscheidung des Präsidenten der Gemischten Kommission Calonder, der sich auf den Kampf um das Königshütter Herz-Jesu-Kloster bezieht. Die Genehmigung zur Errichtung und Führung solcher Privatschulen kann nur Oberschlesiern, nur an Einzelpersonen erteilt werden, während juristische Personen, insbesondere auch der Deutsche Schulverein, die tatsächlichen Träger des privaten Gymnasiums sind, nicht zur Errichtung und Führung berechtigt sind. Dieser Zustand hatte dem Deutschen Volksbund zu einer Beschwerde an den Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien Calonder Anlaß gegeben.

Präsident Calonder hat nun dahin entschieden, daß den Deutschen in Oberschlesien das unbeschränkte Recht zusteht, Einrichtungen, die sich die soziale und kulturelle Hebung der Minderheit zum Ziele setzen, zu erwerben und zu führen. Träger dieser Einrichtungen können nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Gesellschaften sein, denen der Präsident in seiner Entscheidung aus dem Genfer Abkommen die gleichen Rechte zugesteht, wie sie Polen auf Grund der Haftelsrechte unbestritten ständig ausübt.

In der Stellungnahme des Präsidenten Calonder wird betont, daß eine Verletzung der Artikel 75, 81 und 98 der Genfer Konvention vorliegt und daß zuständige Behörde ersucht wird, der Beschwerdeführerin die Genehmigung für die vorgesehenen Schuleinrichtungen zu erteilen. Die Verfolgung von charitativen, sozialen, religiösen und kulturellen Zwecken könnte nicht verwirklicht werden, wenn es der Minderheit nicht erlaubt werde, Vereine, Gesellschaften, Genossenschaften, Stiftungen und dergl. zu bilden und in den Dienst dieser allgemeinen Bestrebungen zu stellen.

Der Bismarckturm bei Bromberg gesprengt

Warschau, 18. 5.

Der Bismarck-Turm bei Bromberg ist gesprengt worden. Es geschah dies in Ausführung eines Beschlusses der polnisch nationalistischen Mehrheit des Bromberger Stadtrats, die diese Denkmal als Wahrzeichen der früheren deutschen Herrschaft beseitigt wissen wollte.

Außenminister Dr. Benesch in Berlin

Der Außenminister der tschechoslowakischen Republik, Dr. Benesch, ist mit Gemahlin in einem von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Sonderwagen, aus Rüm kommend, in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begleitung befand sich auch der tschechoslowakische Gesandte in Berlin, Dr. Chvalkovsky und der Chef des Protokolls, Gesandter Koefer.

Bei der Ankunft am Bahnhof Friedrichstraße wurde Minister Dr. Benesch von Herren des Auswärtigen Amtes, von dem jugoslawischen Gesandten Baludjitsch, dem rumänischen Gesandten Cantacuzino, dem Personal der tschechoslowakischen Gesandtschaft und Mitgliedern der tschechoslowakischen Kolonie in Berlin empfangen.

Minister Dr. Benesch reist in privater Eigenschaft. Sein Aufenthalt in Berlin ist auf drei Tage bemessen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
Berlin	23,83	23,83	London 60 T.	4,84⅝	4,84⅝
Amsterdam	48,24	48,24	Paris	3,93¾	3,93¾
Brüssel	13,96¾	13,96¾	Brüssel	13,96¾	13,96¾
Kopenhagen	26,81	26,81	Amsterdam	40,24	40,24
Zürich	19,27	19,27	Zürich	19,27	19,27
Oslo	26,79¾	26,79¾	Oslo	26,79¾	26,79¾
Stockholm	26,81	26,81	Kopenhagen	26,81	26,81
Prag	2,96¾	2,96¾	Prag	2,96¾	2,96¾
Madrid	16,77	16,78	Madrid	16,77	16,78
Athen	60,00	60,00	Athen	60,00	60,00

New Yorker Börse

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
Baltimore & Ohio	113⅝	115⅝	6) Electrowerke	58⅛	58⅛
Canad. Pacific	213	212	7) Vereinigte Stahlw.	112	112
Chesapeake & Ohio	203⅝	197	7) Rh.-Elbe-Union		109½
Chicago Milwaukee	38⅝	36	6) Ges. f. Elektr. Unt.	128	128
Erie	58⅝	58⅝	7) Rh. W. El. 1950	101⅛	—
Missouri Pacific pref	117	115⅝	7) Lonza, Basel	—	—
Pennsylvania	57	57	7) Mdtn. Wbl. ex. 4)	101⅛	101⅛
Reading	113⅝	112⅝	6) Siem. & H. 1929	103	103
Southern Pacific	121⅝	120	6) Ver. Kalisw. A.G.	94⅝	94⅝
Southern Railway	137⅝	136⅝	7) Dtsch. Erdöl	102⅝	102⅝
Dtsch. Reichsbahn	134	134	6) Bayr. Motoren	98½	98½
General Electric	162⅝	164⅝	7) Siemens Glas	100	100
General Motors	150⅝	151⅝	7) Ver. Glanzstoff	193	193
Hillette Safety Raz.	105⅝	107	7) Franz. Gold 49	100	100⅝
Inter. Harvester	273	268⅝	7) Rep. Dominican	101⅛	101⅛
Standard Oil N.J.	49⅝	45⅝	7) Dt. Eom. Verb. 41	100⅝	100⅝
Mo. Pacific	28	28	7) Reichsbk. Kredit	100⅝	100⅝
U. S. Steel Corp.	145⅝	146⅝	5) Max. Aust. v. 09	41⅝	40⅝
Dtsch. Lonza Elec	50	50⅝	4) Max. Gold v. 04	27⅝	27⅝
6) dtsch. eum. Mrt. Bd.	100⅝	101⅝	8) Poln. Anl. 50	100⅝	101
5) A. E. G. 1940					

New York, Produktenmarkt

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
Baumwolle Futures	24,12	24⅝	Rohzucker, Cuba	—	—
Kn. loko	16,25	16,25	Weißblech	5,25	5,20
Mai	15,10	15,40	Schmalz West.	12,85	12,80
Juli	15,15	15,51	Talg extra loose	8,00	8⅝
Sept.	15,85	15,71	Bw. Saatöl loko	10,40	10,40
Dez.	15,90	15,70	Mai	10,40	10,40
Jan 1929	15,90	15,70	Juli	10,50	10,50
Baumwolle loko	21,70	21,95	Petrol. Stand. wh.	17,40	17,40
Mai	21,20	21,43	Pennsyl.	14,00	14,00
Juli	20,85	20,70	Raffinerie	1,10	1,10
August	20,97	21,18	Benzin Rohöl	1,15	1,15
Sept.	20,95	21,10	Kupfer Exp.	2,65	2,39
Zucker Sept.	3,00	11,000	Juli	2,71	2,71
Kupfer elektr.	14,50	14,40	Sept.	2,86	2,82
10-90 Tage	14,00	14,40	Kaffee b. Santos	18,62	18⅝
Zinn	51,87	51,50	Mai	18,50	18⅝
Blei	6,05	6,05	Terpentin	53,00	54,00
Zink	6,07½	6,07½	Kakaobohnen	47,25	47,50
Kohlen v. Mais	19,75	19,75	Baumw. N. Orl.	20,16	20,25

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
Weizen, rot	212⅝	210⅝	Mais, gelb	1/10—7,60	1/10—7,60
Hartwinter	199⅝	197⅝	Gerst. Engl.	1/6—2/3 ab	1/6—2/3 ab
Mais loko	116⅝	116⅝	Footbmehl	8 10 ab	8—10 ab

Chicago, Produktenmarkt

	18. 5.	17. 5.		18. 5.	17. 5.
Weizen Mai	147⅝	145⅝	Schmalz Juli	12,05	12,05
Juli	147⅝	147⅝	Rippen Mai	12,00	12,10
Mais Mai	104⅝	103	Speck	12,10	12,25
Juli	105⅝	104	Leinöl (Minneap.)	8,60	8,60
Hafer Mai	53⅝	53⅝	Schweine (Milwaukee)	10,10	9,25
Juli	54⅝	53	Schweine (Chicago)	9,45	9,25
Roggen Mai	137⅝	137	Schweine (Sioux City)	9,40	9,75
Juli	139⅝	138	Zufuhr: Chicago	12,000	22,000
Schmalz Mai	12,12½	12,10	Zufuhr: Westen	46,000	65,000

Wahlrevue

6. Die Splitterparteien

Wenn der deutsche Wähler zum erstenmal den Stimmzettel zu sehen bekommt, wird ihn erneut das große Grausen packen ob jener Bandwurmliste von Parteien, die sich die Ehre geben, sein Vertrauen zu verlangen. Gemach, kein Rückfall in die Wahlentsatzungsstimmung! Denn es genügt, sich innerhalb der obersten Kreise zu entscheiden. Parlamentarisch begabungt war bisher rund ein halbes Dutzend; diese Parteien stehen vorneran. Da unten aber wird's fürchterlich... — da wimmelts von Volksblöcken und Reichsarbeitsgemeinschaften, von Unpolitischen Listen und anderen unpolitischen Dingen; — wer findet sich noch durch?

In den letzten Wochen bei verstorbenen Reichstags hat es eine Bewegung gegeben, die alle diese Splitter unterbrücken wollte. Daß schließlich nichts daraus wurde, darf nicht wundernehmen: man scheute eine Ausnahmegesetzgebung, die allzu deutlich die beabl possidentes stützen sollte. Lediglich die Sozialdemokratie hatte keine Skrupel; ihr Dittmann hätte gar zu gern die Altlisten im kleine erstickt. Aber neben den psychologischen Hemmungen der Parteien und ihrer Uneinigkeit über die Art eines zweckmäßigen Vorgehens spielten bei den amtlichen Stellen auch grundsätzliche Erwägungen eine Rolle. Schließlich hat, wie Reichsinnenminister Dr von Keudell der Sozialdemokratie mit Recht zurief, sie selber auch mal als Splitterpartei angefangen.

Man mag fragen: warum sollte nicht einmal eine versuchen, für die deutsche Entwicklung zu höchster Bedeutung berufene Bewegung auf diesem dornenreichen Wege ihren Anlauf nehmen? Die heutige Antwort ist klar und kurz: unter den jetzt angenehmen Gruppen von den Linksextremisten bis zum Evangelischen Volksdienst befindet sich keine der gekennzeichneten Art.

Im jetzigen Zustand hat es anderseits recht wenig Zweck, der Zersplitterung moralisch zu kommen und sich furchtbar über etwas zu entrüsten, was doch einvollen im System liegt. Dieses System mit seiner Fiktion einer lebendigen Einflußnahme des Volkes auf die Staatsgeschäfte macht den Unsinn der Splitterparteien zur Methode; denn anders würde je eine der wenigen Möglichkeiten direkter Betätigung verschärft werden. Man hätte freilich wenigstens nach Mitteln suchen sollen, den Mißbrauch der Parteigründerei zu beschränken; durch Erschwerung der Erforderrisse oder gar durch ihre Erweiterung (Kaution) wäre das sehr wohl möglich gewesen. Man hat es unterlassen, — man mögen ruhig die großen Parteien die Folgen tragen, indem sie (mindestens bis zur nächsten Wahl) nach Mitteln suchen dürfen, ihre Wähler, und vor allen die jungen, bauerhafter als bisher für sich zu gewinnen.

Der Wähler feinerseits hat, soweit Unzufriedenheit oder Sucht nach Neuem ihn veranlassen, in den unteren Regionen der Stimmliste unherzuspähen, die keineswegs überwältigend schwere Aufgabe, sich nüchtern über die Aussichen jener neuen Vropheten klar zu werden. Man mag die Parteienvielheit verdammen, — in dem Augenblick, wo eine rüssiert, ist sie über solche moralischen Urteile erhaben. Dazu gehört freilich mehr als ein vorübergehender Mandatserfolg. So wenig sich verkennen läßt, wieviel Idealismus und Fleiß und Gesinnung in manchen dieser Zwerggrupponen stecken mag — hier blüht der rechthaberische Geist der Alleinaufrechten —, so verschwindend gering sind die praktischen Aussichten. Beim besten Willen kann man auch der Wirtschaftspartei kein langes Leben voraussagen oder ihr den Charakter einer großen geistigen Bewegung zuerkennen. Bei keiner, die sich bevor Völkische und Nationalsozialisten nennen, war es kurze Zeit anders. Freilich nur kurze Zeit, denn schon seit langem haben innere Verworrenheit, Fehlerhafte und Ziellosigkeit den wertvollen Impuls dieser Bewegung gelähmt. Ein ähnliches Schicksal haben ja auch die Kommunisten erfahren; bei ihnen blieb immerhin der schlagkräftige Kern der Partei erhalten. Die Altsozialisten, Gegenwirkung auf eine stupide, dem Nationalen nicht genügend erschiedene Politik der rechten Linkspartei, sind idealistisch beschwingt und haben regional keine schlechten Chancen. Sehr viel werden sie der S.P.D. einstweilen kaum schaden. Wie lohnen alle Unarten einer irrealen Politikäterei sich im bürgerlichen Lager auswirken, dafür sind die sieben Wirtschaftlichen Listen ein ebenso typisches wie trübes Beispiel. Das geht dann weiter bis zur Wulfmeyerschen Familiengründung. ... In Paris haben die Studenten etwas ähnliches als Ulk versucht. In Deutschland wird es finsterer Ernst: Vater, Mutter, Tochter, Sohn machen eine Partei auf, wobei nur zu hoffen bleibt, daß Wulfmeyer nicht allzuzahlreich sind. Was aber, wenn ein findiger Kopf den Reichsverband der Mütter politisch zu aktivieren sucht?

In den Einzelwahlkreisen wird der Unfug sich noch weit schlimmer. Hier reizen „auffall nagel" und der Reichsverband der Ledigen an, von anderen ganz zu schweigen. Es wird vermutlich manchen geben, der sich einen Jux machen will und diese Herrschaften mit seinem Kreuz verziert. Wer keinen Wert darauf legt, zu den Armen im Geiste gerechnet zu werden, wird sich am 20. Mai nicht nur von solchen Torheiten fernhalten, sondern auch von jeder vielleicht flüchtig auftretenden Neigung, einer nicht ganz so unseriösen Gruppe seine Stimme zu geben. Denn eins ist sicher: von allen Splitterparteien, die sich mit dem Glanz der Neubelt um die politisch Heimatlosen bemühen, hat keine Aussicht auf ein Mandat. Zusammen aber können alle, wenn das Gros der Wählerschaft sich nicht besinnt, womöglich soviel Stimmen auf sich